

7 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)

Antrag
der Landesregierung
Drucksache 16/12500

- Auswertung der öffentlichen Anhörung vom 29. September 2016
Ausschussprotokoll 16/1455

Vorsitzender Christian Möbius leitet ein, zu dem Gesetzentwurf habe man in der Sitzung am 29. September 2016 die Haushaltsanhörung durchgeführt. Diese werde heute verabredungsgemäß ausgewertet. Auf das Wortprotokoll der öffentlichen Anhörung weise er hin. Er bedanke sich ausdrücklich beim Stenografischen Dienst für die schnelle Fertigstellung des Protokolls.

(Beifall)

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) schließt sich dem Dank an den Stenografischen Dienst an. Es sei ausgesprochen hilfreich, dass man trotz des ungewöhnlichen Fahrplans in diesem Jahr dennoch in der Lage sei, schon heute die Anhörung auszuwerten.

Da man schon in der vergangenen Woche im Rahmen der Klausurtagung die Argumente der Sachverständigen diskutiert habe, wolle er heute keine umfassende Auswertung vornehmen. Er wolle sich nur das Fazit des Bundes der Steuerzahler zum Gesamthaushalt 2017 zu Eigen machen, das laute:

„Auf dem ersten Blick scheint mit dem Haushaltsentwurf für 2017 ein weiterer Schritt hin zur schwarzen Null zu gelingen. Wenn man ein wenig hinter die Kulissen schaut, erkennt man allerdings, auf welch tönernen Füßen der Abbaupfad beschriftet wird.“

Dieser Bewertung schließe er sich an.

Nicolaus Kern (PIRATEN) hält für seine Fraktion fest, dass im Bereich der Integration von Flüchtlingen noch eine erhebliche Aufgabe auf das Land zukomme. Insofern komme es darauf an, dass die Mittel, die dafür auch vom Bund bereitgestellt würden, bei den Kommunen ankämen. Darauf habe auch Herr Dr. Zentara von der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände hingewiesen, der darüber hinaus darauf aufmerksam gemacht habe, dass es noch zusätzliche Aufgaben für die Kommunen gebe, die ebenfalls zu finanzieren seien, und zwar in zweistelliger Millionenhöhe. Zwar habe man im Haushalt darauf reagiert, aber es komme darauf an, dass die Mittel wirklich dort ankämen, wo sie gebraucht würden.

Des Weiteren kritisiere seine Fraktion schon seit Jahren die niedrige Investitionsquote. In diesem Zusammenhang habe Dr. Mainz von der IHK betont, dass die Investitionsquote von 8,8 % deutlich hinter der des Bundes und dem Durchschnitt der Bundeslän-

der von 9,9 % zurückbleibe. Laut mittelfristiger Finanzplanung werde die Investitionsquote im Jahr 2020 sogar auf 8,3 % sinken. Dies bestärke seine Fraktion in ihrer Auffassung, dass NRW hier mehr tun müsse.

Es bleibe auch bei der Kritik an der Grundfinanzierung im Hochschulbereich.

Auch die mangelhafte Bezahlung der angestellten Lehrkräfte sehe seine Fraktion kritisch. Hier sollte dem Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gefolgt werden.

Ralf Witzel (FDP) legt dar, die Vertreter der Wirtschaft hätten völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass es angesichts der massiven Steuermehreinnahmen ausgesprochen ärgerlich sei, dass im Gegensatz zu anderen Ländern der Schuldenstand des Landes immer noch so hoch sei und weiter wachsen werde.

Darüber hinaus sei kritisiert worden, dass das Land zu diesen Steuermehreinnahmen mit beitrage, beispielsweise durch die fast Verdoppelung der Grunderwerbsteuer, während sich umgekehrt immer mehr institutionelle Investoren über die zunehmende Anzahl von Sharedeals davon völlig freikaufen. All das, was die Landesregierung angekündigt habe, könne sie auf Bundesebene nicht umsetzen. Deswegen sei es falsch, die Bürger in NRW durch landesindividuelle Steuererhöhungen mehr zu belasten, als andere Bundesländer es täten, ohne eine Kompensation vorzusehen.

Diese beiden Bereiche halte seine Fraktion für nachhaltig entscheidend in der zukünftigen Haushaltspolitik.

Stefan Zimkeit (SPD) stimmt mit Blick auf die Bewertung der Auswirkungen von Sharedeals dem Abgeordneten Witzel zu. Er sehe es jedoch als falsch an, die Steuer abzuschaffen, weil man Steuerumgehungstatbestände nicht verhindern könne und wolle, sondern seine Fraktion wolle die Steuerumgehungstatbestände beenden.

Auf der einen Seite werde der Regierung vorgeworfen, zu viel Geld auszugeben, und auf der anderen Seite, zu wenig Geld für bestimmte Bereiche zur Verfügung zu stellen, ohne jedoch Einsparvorschläge an anderer Stelle zu machen. Diese Vorgehensweise stelle er nicht nur immer wieder in den Ausschüssen fest, sondern habe er auch bei der Anhörung vernommen. Die Sachverständigen hätten aber auch eine Reihe wichtiger Hinweise gegeben, die seine Fraktion in ihren Beratungen aufgreifen wolle. Er finde den Haushaltsentwurf gut, er könne aber noch verbessert werden. Die entsprechenden Vorschläge werde man zu gegebener Zeit vorlegen.

Vorsitzender Christian Möbius stellt fest, dass die Auswertung der Anhörung erfolgt sei.



Haushalts- und Finanzausschuss

107. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

3. November 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:35 Uhr

Vorsitz: Christian Möbius (CDU)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1 Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung	6
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/12363 Ausschussprotokoll 16/1458 (Anhörung)	
– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an AKo)	

Der Ausschuss beschließt einstimmig, den Gesetzentwurf
ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

¹ vertraulicher Teil mit den TOP 9 bis 11 siehe vAPr 16/69

- 2 Kommunale Steuererhöhungsspirale durch das GFG nachhaltig stoppen** **7**
- Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/13025
- abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an AKo)
- Mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP gegen die Stimmen der CDU und bei Stimmenthaltung der Piraten lehnt der Ausschuss den Antrag ab.
- 3 Gesetz zur Errichtung einer dritten Stufe des Stärkungspakts** **8**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12785
Ausschussprotokoll 16/1461 (Anhörung)
- abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an AKo)
- Mit den Stimmen von SPD und Grünen sowie gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piraten stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf zu.
- 4 Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zur Veräußerung von Liegenschaften des Sondervermögens Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW (BLB NRW) gemäß § 15 Abs. 3 Haushaltsgesetz 2016 (HHG) – bebautes Grundstück in Gelsenkirchen (Buer) -** **9**
- Vorlage 16/4359
- Zustimmung gemäß § 15 Abs. 3 Haushaltsgesetz 2016
- Mit den Stimmen von SPD und Grünen sowie bei Stimmenthaltung von CDU, FDP und Piraten stimmt der Ausschuss der Veräußerung zu.
- 5 Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zur Veräußerung von Liegenschaften des Sondervermögens Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW (BLB NRW) gemäß § 15 Abs. 3 Haushaltsgesetz 2016 (HHG) – bebautes Grundstück in Gelsenkirchen (Mitte) -** **10**
- Vorlage 16/4360

– Zustimmung gemäß § 15 Abs. 3 Haushaltsgesetz 2016

Mit den Stimmen von SPD und Grünen sowie bei Stimmenthaltung von CDU, FDP und Piraten stimmt der Ausschuss der Veräußerung zu.

6 Zustimmung des Landtags Nordrhein-Westfalen gemäß § 64 Abs. 2 LHO zur Veräußerung von Liegenschaften des Sondervermögens Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW (BLB NRW) – bebautes Grundstück in Siegburg -

11

Vorlage 16/4361

– abschließende Beratung und Abstimmung (Beschlussempfehlung an Plenum)

Mit den Stimmen von SPD und Grünen sowie bei Stimmenthaltung von CDU, FDP und Piraten stimmt der Ausschuss der Veräußerung zu.

7 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)

12

Antrag
der Landesregierung
Drucksache 16/12500

– Auswertung der öffentlichen Anhörung vom 29. September 2016
Ausschussprotokoll 16/1455

– Auswertung der Anhörung

12

8 Verschiedenes

14

